„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate, 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Zum 29. Oktober.

Nur noch wenige Stunden trennen uns vom entscheidungsvollen Tage des 29. Oktober, der Canadas Geschick für die nächsten vier oder fünf Jahre bestimmen wird. In solchen Augenblicken wäre es verfehlt, sich mit kleinlichen Einzelheiten zu befassen, die im Laufe des Wahlkampfes einige Gemüter erregten und verwirrten. Notwendig ist in der gegenwärtigen Stunde eine nochmalige Besinnung auf die großen Fragen von wahrhaft nationaler Bedeutung; denn ein Land wie Canada, das sich von der einen bis zur anderen Küste eines gewaltigen Kontinents erstreckt, kann nur dann glücklich regiert werden, wenn die Bürger ihre Kräfte nicht im Streit um untergeordnete sektionale oder Klassenfragen vergeuden, sondern stets ein großes Ziel sich vor Augen halten.

„Der Courier" hat in den letzten Ausgaben versucht, die Aufgaben unseres neuen Landes in klaren Strichen zu zeichnen, ohne sich auf Nebensächlichkeiten oder Parteipolemiken einzulassen.

Eine grundlegende Forderung für den Aufbau einer canadischen Nation erblicken wir in der Verwirklichung einer wahren inneren und äußeren nationalen Freiheit, die das Grundprinzip des Liberalismus sein soll. Solange wir in der Schuldknechtschaft fremder Mächte liegen, sind wir auch in unserem selbständigen wirtschaftlichen Aufstieg auf Schritt und Tritt gehemmt. Folglich muß eine sparsame Finanzverwaltung mit Stärkung der Steuerkraft der Bürger Hand in Hand gehen. Unsere Zollpolitik muß so geregelt werden, daß alle lebensfähigen Erwerbszweige des Landes sich frei entfalten können. Eine „Protection" wie sie von den Konservativen erstrebt wird, dient nur den einseitigen Interessen der Fabrikanten des Ostens, während die Farmer des Westens in eine noch schwierigere Lage versetzt werden, da hoher Schutzzoll unbedingt zur Verteuerung aller Bedarfsartikel führen muß. Auf diesem Wege ist kein Fortschritt zum Besten des ganzen Landes zu erzielen, wie sich überhaupt keine Volkswirtschaft nach einem Parteischlagwort dirigieren läßt. Vielmehr muß durch Fachleute aus allen Gewerben genau geprüft werden, was den Bedürfnissen eines jeden angemessen ist und dann ein Mittelweg ausfindig gemacht werden, wie es die Absicht der bisherigen Regierung ist. So dient man den großen gemeinsamen Interessen eines großen Landes. So baut man eine leistungsfähige Volkswirtschaft auf, die sich allmählich auf eigene Füße stellen und mit der Zeit fremde Fesseln abschütteln kann.

Nationale Freiheit aber auch im Innern! Man gewähre den Minderheiten gleiche Rechte wie der Mehrheit! Nur so wird ein williges und freudiges Zusammenwirken aller gesunden Kräfte eines Landes erzielt. Zurücksetzung gewisser Bürgerklassen und Vorenthaltung der kulturellen Gleichberechtigung sind noch keinem Lande zum Heile geworden. Je freier sich jedoch alle Schichten in ihrer Eigenart unter selbstverständlicher Berücksichtigung freiheitlicher Gesetze entwickeln können, desto höher wird der allgemeine kulturelle Stand eines Landes. Warum sollten in Canada die verschiedenen Bevölkerungsgruppen sich nicht in ähnlicher freiheitlicher Gemeinschaftsarbeit zusammenfinden können wie etwa in der europäischen Schweiz, wo drei verschiedene Nationalitäten zu einer höheren Einheit vereinigt sind? Natürlich darf man dann nicht mit der Idee einer schematischen „Assimilation" kommen, die nur öde Gleichmacherei, aber keinen kulturellen Fortschritt bedeutet.

Eine weitere wichtige Forderung für das Wohl unseres Landes ist die Ablehnung jeder Art von Klassen- oder Gruppenherrschaft. Kein Berufsstand darf sich das Recht anmaßen wollen, alle anderen Stände nur als Schachfiguren für seine besonderen Interessen betrachten und behandeln zu wollen. Wo solche Bestrebungen einreißen, wo der Klassengeist triumphiert, ist eine kräftige, gleichmäßige Entwicklung des Volkes zur reinen Unmöglichkeit gemacht. Denn ein Land der modernen Zeit muß sich auf einer möglichst breiten Basis fleißiger und strebsamer Bürger verschiedener Berufe aufbauen.

Soweit wir aus den Zuschriften unserer Leser ersehen konnten, sind sie in überwältigender Mehrheit überzeugt, daß die großen nationalen Fragen Canadas am besten bei der Liberalen Partei aufgehoben sind. Stimmen zu Gunsten der beiden anderen politischen Gruppen sind überhaupt nicht laut geworden. „Der Courier", der im verflossenen Wahlkampf bestrebt war, ohne parteipolitische Vorurteile ein Führer und Berater für seine deutschsprechenden Freunde zu sein, darf wohl hoffen, daß alle auch am Wahltage in gleicher Einmütigkeit ihren Einfluß geltend machen werden. Notwendig ist daß alle Wahlberechtigten sich auf ihre Bürgerpflicht besinnen und von ihrem Wahlrecht allerwärts Gebrauch machen. Der 29. Oktober muß zeigen, daß der deutschsprechende Volksteil Canadas sich seiner Verantwortung für das Wohl des Ganzen bewußt ist und in diesem Bewußtsein seine ganze Kraft für den Aufbau eines geeinten innerlich und äußerlich friedlichen Landes nach freiheitlichen Grundsätzen einsetzen will.

„Was frommt der Erde höchster Glanz,
Wo Freiheit du nicht weilst, du Himmelskind?
Im Goldpalast der Sklaverei, da kann
Kein Leben blühn. Nur in der Freiheit Hauch
Entwickelt sich der Kraft und Tugend Keim.

* * *

„Durch Demütigungen habe ich mehr gelernt als durch alle Siege."

„Die Besten, Gradsten und Aufrichtigsten sollen mir die Liebsten sein. Die will ich für meine besten Freunde halten, die mir die Wahrheit sagen, auch wo sie mir mißfallen könnte." **Kaiser Wilhelm I.**

Weltumschau

Deutschland

Eine Bewegung ist von der „National-Zeitung" in die Wege geleitet worden, Reichsaußenminister Dr. Stresemann den Nobel-Friedenspreis zu sichern. Dem Vorschlag liegt das Motiv zu Grunde, den Bemühungen und Errungenschaften des Ministers zur Herbeiführung des Weltfriedens internationale Anerkennung zu verschaffen, um dadurch der internationalen anti-deutschen Propaganda zu begegnen. Auf die Qualifikationen Stresemanns für den Nobel-Preis hinweisend, erklärt das Blatt: „Nie war ein Staatsmann oder eine andere Persönlichkeit in der Förderung der Menschenverbrüderung und der Heraufführung einer neuen Aera des Friedens in der Nachkriegszeit so aktiv wie eben Herr Stresemann."

Die diplomatische politische Korrespondenz, als Organ der Regierungskreise angesehen, hebt die Wichtigkeit der Locarno-Schiedsverträge hervor. Sie behauptet, daß hierdurch fast alle Bestimmungen des Versailler Vertrags zum Gegenstand schiedsgerichtlicher Entscheidung werden. Die deutsche Abordnung ist überzeugt, daß die Erwartungen des deutschen Volkes bei allen wichtigen Fragen, besonders hinsichtlich der Besetzung des Rheinlandes, verwirklicht werden. Deutschland sei darum berechtigt, das Ergebnis von Locarno so warm zu begrüßen wie die anderen Mächte.

Die deutschnationale Presse ist bei Besprechung der Locarno-Abkommen überraschend maßvoll. Die vor Veröffentlichung der Texte obwaltenden Zweifel haben einer Anerkennung der Leistungen der deutschen Delegierten Platz gemacht. Besonders weil die Delegierten eine befriedigende Auslegung von Artikel 16 des Ligaabkommens erlangten und auch, weil sie es durchsetzten, daß die künftigen Auslegungen des Versailler Vertrags einem Schiedsgericht unterworfen sein müssen. Die demokratische Presse befürwortet die Annahme der Vereinbarungen.

Die erste praktische Wirkung des Sicherheitspaktes ist nach Angabe in amtlichen Kreisen die Zurückziehung der britischen Truppen vom Kölner Brückenkopf. Dies sollte in drei Wochen (oder drei Monaten?) bewerkstelligt sein. Die Behörden in London erwarten, daß Deutschland an Großbritannien in Bälde über die Verhältnisse im Kölner Gebiet einen Bericht erstattet. Die britische Regierung wird sodann die Entfernung ihrer Besatzungstruppen von 9000 Mann nach anderen Gebieten anordnen, welche die Alliierten am Rhein halten. Großbritannien wird sich vom Rhein nicht zurückziehen, sondern nebst den Franzosen und Belgiern vertreten sein, solange Truppen auf deutschem Boden gehalten werden. Die britische Abteilung von 9000 wird jedoch wahrscheinlich um die Hälfte beschnitten.

Oesterreich.

Die unter Führung des früheren Abgeordneten Karl Hermann Wolf stehende Deutschnationale Partei hat beschlossen, sich mit der Nationalsozialistischen Partei zu vereinigen. Gegenwärtig ist keine dieser Parteien im Nationalrat vertreten. Die Deutschnationale Partei gehörte bis vor 1½ Jahren zur Großdeutschen Volkspartei, von der sie sich anläßlich der Genfer Sanierungsaktion, die die alten Deutschradikalen Oesterreichs verwarfen, trennte. Man glaubt, daß der Versuch gemacht werden wird, bis zu der im Jahre 1927 stattfindenden Parlamentswahl alle nationalen Gruppen unter Beseitigung der persönlichen Gegensätze zu einer Einheit zusammenzufassen. Nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie bildeten die 211 deutschen Abgeordneten des alten österreichischen Reichsrates die Provisorische Deutschösterreichische National-Versammlung, welche die Republik Oesterreich proklamierte und in einer feierlichen Kundgebung Oesterreich als Bestandteil des Deutschen Reiches erklärte, was jedoch von der Nationalversammlung in Weimar nicht anerkannt wurde. Die Neuwahlen im Frühsommer 1919 erbrachten die Vorherrschaft der Sozialdemokratischen Partei, während im Oktober 1920 bei den eigentlichen Neuwahlen für den Nationalrat die Christlichsozialen 82, die Sozialdemokraten 66, die Großdeutschen 21 und die Bauernbündler 5 Mandate erlangten. Infolge Zersplitterung der Nationalen brachten es die Großdeutschen in der letzten Wahl nur auf 10 Mandate. Man geht nun ernstlich daran, die nationalen Gruppen zusammenzufassen, damit sie geeinigt in den nächsten Wahlkampf eintreten.

Polen.

Demokratische Gruppen, welche die Mehrheit der Russen in Polen vertreten und vorhaben, nach den Ver. Staaten auszuwandern, haben beschlossen, sich nicht an der Konferenz der Flüchtlinge in Paris zu beteiligen, welche den Sturz der russischen Sowjet-Regierung anstrebt. Das hiesige Flüchtlings-Komitee hat jedoch seinen Vorsitzenden ermächtigt, an der Pariser Konferenz teilzunehmen. Kürzlich war in Paris angekündigt worden, die Konferenz werde sich insbesondere mit Erhebung des Großfürsten Nikolaus zum Diktator aller Russen befassen. Im übrigen werde die Konferenz sich nach Mitteln und Wegen umsehen, um die gegenwärtige Sowjet-Regierung zu stürzen, und kaum andere politische Pläne unter Erwägung nehmen.

Rußland

Anzeichen sprechen dafür, daß die Sowjet-Regierung kaum mehr als 5,000,000 bis 6,000,000 Tonnen Weizen ausführen zu können glaubt. Schlechte Witterung hat die Ernte um 3,500,000 Tonnen geschädigt. Im übrigen soll die Bauernschaft die Schuld dafür treffen, daß die Regierung ihren Plan für eine frühzeitige Weizenlieferung an die Weltmärkte nicht zur Ausführung bringen konnte. Die Bauern hatten, wie Arbeitskommissär Leo Kamenew in einer Sitzung der Kommunistenpartei darlegte, versucht, ihre Getreidevorräte bis zum Frühjahr aufzuspeichern, um höhere Preise zu erzielen. Weiter erklärte Kommissar Kamenew, die Regierung werde ihre heurige Industrieproduktion auf die Höhe der Vorkriegszeit bringen. „Binnen weniger Monate," sagte der Kommissar, „wird keine einzige Fabrik in Rußland mehr müßig sein. Damit wird aber der Nachfrage nach Fabrikaten für die Bauernschaft nicht Genüge getan werden. Für die Landwirtschaft werden Waren im Werte von $500,000,000 benötigt. Dies ist nicht die Folge der geringen Produktionsfähigkeit des russischen Arbeiters, sondern die Folge der Geldknappheit zur Anschaffung von Rohstoffen und neuen Einrichtungen." Kommissar Kamenew verhehlt nicht den Umstand, daß die russische Industrie arg rückständig ist, was, wie er sagte, die hohen Preise für die hierzulande fabrizierten Waren erklärt.

Syrien.

Ein Aufstand, der in Damaskus ausbrach und an dem sich Gruppen von Drusen und Elemente der Bevölkerung beteiligten, wurde von französischen Truppen niedergeworfen. Drusen, die sich in den südlichen Stadtteil eingeschlichen hatten, griffen gegen 9 Uhr abends im Vereine mit einem Teil der Bevölkerung die Franzosen an. Es gelang den französischen Truppen, die öffentlichen Gebäude und Kasernen, gegen welche die Insurgenten ein anhaltendes Gewehrfeuer richteten, zu behaupten. Französische Artillerie erwiderte das Feuer der Insurgenten und bombardierte deren Quartiere die Nacht hindurch und den Tag über. Auch Panzer-Automobile und Tanks wurden in Aktion gebracht. Der von den Mohammedanern bewohnte Stadtteil wurde durch das Bombardement der Franzosen schwer beschädigt. Die Franzosen behaupten, daß ihre eigenen Verluste gering waren. Schließlich nahmen die mohammedanischen Insurgentenführer die ihnen vom französischen Oberkommissar in Syrien, General Sarrail, gestellten Kapitulationsbedingungen an. Den Rebellen wurden schwere Bußen auferlegt. Außerdem hatten sie mehrere tausend Gewehre abzuliefern.

Großbritannien.

In der englischen Presse wird immer lauter darüber geklagt, daß es Großbritannien an großen, in der Regierungskunst erfahrenen Staatsmännern mangele und daß das Land infolgedessen in Gefahr stehe, seine traditionelle Größe einzubüßen. Nahezu alle Zeitungen kommen bei derartigen Erwägungen zu dem Schluß, daß die Nation wirtschaftlich und auch in anderer Hinsicht verjüngte und daß beizeiten etwas getan werden müsse, um England seine alte Vormachtstellung in der Politik zu sichern. Dazu kommt noch die geheime Befürchtung, die durch allerlei „Enthüllungen" unterstützt wird, daß im Mai nächsten Jahres, wenn der Waffenstillstand in der Kohlenindustrie endet, wird, bolschewistische Aufstände und allerlei andere Unruhen ausbrechen könnten. Schon schart sich auch diese Gerüchtscheinbar für bare Münze nehmend, die Jungmannschaft des Landes zusammen, um „britische Lebenshaltung und Tradition" zu schützen, und überall werden Zweigverbände der britischen Faschisten gebildet. Blätter ernsterer Richtung sagen dem Premier ganz unumwunden, daß er die Hoffnungen, die man nach dem Stürz der Arbeiterregierung in ihn gesetzt hatte, nicht erfüllte. Sir Philip Gibbs fragt in der „Sunday Times", ob England abgetan sei, wirft der Regierung eine programmlose, schwankende Politik vor, sagt, daß sie nichts getan habe, um der Arbeitslosigkeit abzuhelfen, daß sie zum Goldstandard zurückkehrte, ohne daran zu denken, daß dadurch der Handel geschmälert werden wird u. dgl. Er verlangt, daß die Lebenshaltung im allgemeinen auf eine niedrige Stufe gebracht werde und man nicht vom Arbeiter verlangen sollte, in Armut zu leben, während andere Luxus treiben. Garvin sagt, das Land wünsche nicht den Sturz der Regierung, da ihr wahrscheinlich dann wieder eine Arbeiterregierung folgen würde, aber das Land wolle die Regierung zur Erkenntnis des Umfanges und der Dringlichkeit der öffentlichen Krise bringen. Er schließt seinen Artikel mit den Worten: „Wenn sich die Regierung Baldwins hinsichtlich des Handels und der Arbeitslosigkeit nicht über die Unbedeutendheit oder Mittelmäßigkeit oder über den Subventionsgeist erheben kann, wird John Bull sich an die Zeitungen wenden und annoncieren, daß eine Stelle frei sei." Andere Zeitungen fragen den Premier, ob er sich ganz und voll bewußt sei, in welcher verzweifelten Lage die britischen Industrien sich befinden. Man erklärt, daß die industriellen Existenzbedingungen sich stetig verschlechtern, daß die Zahl der Arbeitslosen 12½ Prozent der arbeitenden männlichen Bevölkerung ausmache, daß Zehntausende der englischen Knaben und jungen Männer aufwachsen, ohne eine Arbeit gelernt zu haben und daß die Arbeitslosenunterstützung Hunderttausende des englischen Volkes demoralisiere.

Vereinigte Staaten.

Präsident Coolidge hält eine europäische Konferenz zur Beschränkung von Rüstungen für sehr nützlich und erhofft eine Einberufung durch die interessierten Nationen. Die Herabsetzung der Armeen sei hauptsächlich eine europäische Frage. Bei einer Konferenz zur Einschränkung von Seerüstungen wäre die Beziehung der Ver. Staaten notwendig.

Wie die „New York Tribune" sagt, bezweckt der amerikanische Besuch von Dr. Hjalmar Schacht, dem Präsidenten der deutschen Reichsbank, nicht blos Forderung amerikanischer industrieller Kredite für Deutschland. Dr. Schacht hat vielmehr auch die Absicht, den Weg für eine Aenderung des Dawes-Plans zu ebnen. Er will die Frage mit verschiedenen Personen, darunter Vizepräsident Dawes, besprechen. Wenn bei Durchführung des Dawes-Plans inbetracht kommende Fragen aktuell werden, sollen dann greifbarere Schritte folgen. Nach der „Tribüne" wird immer mehr erkannt, daß die deutschen Sachlieferungen auf die Entschädigungsrechnung zu niedrig angesetzten Preisen alliierte wirtschaftliche Interessen schwer schädigen. Es handelt sich ferner darum, wie Entschädigungszahlungen von Deutschland auf alliierte Länder übertragen werden können, ohne die Währung von Deutschland und alliierter Staaten zu stören. Die Frage von Warenlieferungen wird schnell dringlich, das Währungsproblem jedoch erst im nächsten September, wenn erhebliche Geldzahlungen von Deutschland fällig sind. Die „Tribüne" meint, Schacht's Besuch könne das Vorspiel zu einer internationalen Konferenz für Aenderung des Dawes-Plans werden.

China

Streikende Chinesen, welche das ausländische Geschäft in Canton seit Monaten unterbanden, trugen ihren Kampf bis vor die Tore von Shameen, der Fremdensiedelung. Sie lassen keine Nahrungsmittel und sonstigen Vorräte in jenes Gebiet. Bei den Chinesen wurden scharfe Vorstellungen gegen Einmengung in geschäftliche Angelegenheiten von Ausländern erhoben. Der Streik begann zum Protest gegen die Tätigkeit von Ausländern.

Das Ergebnis von Locarno.

Aufzählung der Dokumente

Inhalt des deutsch-französischen Abkommens.

Die diplomatischen Dokumente, die in der Geschichte als „Vereinbarungen von Locarno" bekannt sein werden, wurden offiziell der Presse übergeben. Es sind neun Dokumente, und zwar:

1. Ein Protokoll der Verhandlungen der Konferenz von Locarno;

2. Der Vertrag, in dem Deutschland, Belgien, Großbritannien, Frankreich und Italien gemeinsam und gegenseitig die Unverletzlichkeit der durch den Versailler Pakt entmilitarisierten Rheinlandzone garantieren;

3. Der Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich, in dem beide Mächte sich verpflichten, Streitfragen einem Schiedsgericht zur Entscheidung zu überlassen;

4. Der Vertrag zwischen Deutschland und Belgien, ähnlichen Inhaltes, wie das dritte Dokument;

5. Der Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Polen;

6. Der Schiedsvertrag zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei;

7. Gemeinsamer Garantievertrag zwischen Frankreich und Polen;

8. Gemeinsamer Garantievertrag zwischen Frankreich und der Tschecho-Slowakei;

9. Eine an die deutsche Delegation gerichtete Erklärung der Vertreter Frankreichs und Englands über den Artikel 16 des Ligapaktes.

Inhalt des deutsch-französischen Abkommens.

Im ersten Artikel übernehmen die Vertragsmächte unter gemeinschaftlicher und einzelner Haftbarkeit die Garantie:

1. Für die Aufrechterhaltung des territorialen Status quo der Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich;

2. Für die Unverletzlichkeit der genannten Grenzen, so wie diese in dem Friedensvertrag von Versailles am 28. Juni 1919 festgesetzt wurden, und

3. Für die Beachtung der Bedingungen der Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages betreffend die entmilitarisierten Zonen.

In den beiden genannten Artikeln des Versailler Vertrages wird es Deutschland untersagt, auf dem linken Rheinufer und in einer 50 Kilometer breiten Zone auf dem rechten Rheinufer Befestigungen beizubehalten oder anzulegen. In diesem Gebiete sind die Unterhaltung und Ansammlung militärischer Streitkräfte, das Abhalten militärischer Uebungen und jede Vorkehrung für eine Mobilmachung verboten. Jeder Verstoß hiergegen gilt als feindliche Handlung und Störung des Weltfriedens.

Vereinbarung gegen die Kriegsführung.

In Artikel II des Sicherheitspaktes verpflichten sich Deutschland und Belgien gemeinschaftlich, daß sie einander in keinem Falle angreifen oder in das Territorium des andern einfallen oder gegen einander Krieg führen werden.

Ausnahmen.

Diese Bestimmung wird aber außer Kraft gesetzt im Fall:

1. der Ausübung des Rechtes der legitimen Verteidigung wie z. B. im Falle a) des Widerstands gegen eine Verletzung des Territoriums einer Vertragsmacht durch eine andere oder b) eines offenkundigen Bruches der Bestimmungen der Artikel 42 oder 43 des Versailler Vertrages;

2. einer Aktion im Verfolg der Bestimmungen des Artikels 16 des Ligapaktes;

3. einer Aktion infolge einer Entscheidung der Völkerbundversammlung oder des Völkerbundrates.

Friedliche Schlichtung von Streitfragen.

Artikel III sieht vor, daß Deutschland und Belgien, sowie Deutschland und Frankreich sich verpflichten, alle Fragen, die zwischen ihnen entstehen mögen, auf friedlichem Wege zu schlichten. Sollte das durch die normalen diplomatischen Methoden unmöglich sein, dann wird die Streitfrage, falls es sich um eine Meinungsverschiedenheit über die Rechte der Vertragsmächte handelt, dem Ständigen Internationalen Gerichtshof oder einem andern Schiedsgericht, das den Bestimmungen der Haager Konvention vom 18. Oktober 1907 gemäß gebildet werden soll, zur Entscheidung vorgelegt werden. Für alle anderen Fragen ist die Ständige Vermittlungskommission zuständig, über deren Zusammensetzung die separaten Schiedsverträge Bestimmungen treffen. Sollten die Vorschläge der Ständigen Vermittlungskommission den Vertragsmächten nicht annehmbar erscheinen, müßte die Streitfrage dem Völkerbundrat zur Entscheidung überwiesen werden.

Maßnahmen für Vertragsbruch.

Im Artikel IV wird auseinandergesetzt, welche Maßnahmen für den Fall der Verletzung des zweiten Artikels des Sicherheitspaktes oder eines offenkundigen Bruches des Versailler Vertrages seitens einer der Vertragsmächte getroffen werden sollen. Die Beschwerde in einem solchen Fall muß dem Ligarat vorgelegt werden, der, nachdem er sich überzeugt hat, daß die Vertragsbestimmungen verletzt wurden, die verschiedenen Mächte verständigen wird, die die Verpflichtung haben, der beschwerdeführenden Macht sofort Beistand zu leisten.

Artikel V bestimmt, daß wenn eine der Vertragsmächte sich weigern sollte, eine Streitfrage in friedlichem Wege zu schlichten oder falls sie sich der schiedsgerichtlichen Entscheidung nicht fügen und die vorhin genannten Vertragsbestimmungen verletzen sollte, die Maßnahmen des Artikels IV anwendbar sein sollen.

Bestehende Verträge bleiben unberührt.

Artikel VI. führt an, daß der Sicherheitspakt auf die Rechte und die Verpflichtungen der Vertragsmächte aus dem Versailler Vertrag oder aus den diesen ergänzenden Vereinbarungen einschließlich des am 30. August 1924 in London unterzeichneten Abkommens keinen Einfluß habe.

(Das Londoner Abkommen vom 30. August 1924 enthält die Durchführungsbestimmungen für den Dawes-Plan.)

Die anderen Bestimmungen.

Artikel VII behält dem Völkerbund das Recht vor, irgendwelche ihm angemessen erscheinenden Vorkehrungen für Sicherung des Weltfriedens zu treffen.

Im Artikel VIII wird bestimmt, daß der Sicherheitspakt bei dem Völkerbund registriert werden und so lange in Kraft bleiben soll, bis der Ligarat entscheidet, daß der Völkerbund einen hinreichenden Schutz für den Frieden in den Gebieten, die im Sicherheitspakt in Betracht kommen, gewähren. Der Antrag auf eine derartige Entscheidung kann von einer oder mehreren der Vertragsmächte gestellt werden. Der oder die Antragsteller müssen die anderen Vertragsmächte von ihrer Absicht drei Monate, bevor sie sich an den Völkerbund wenden, verständigen. Der Ligarat muß den Beschluß mit einer Zweidrittel-Mehrheit fassen und der Sicherheitspakt würde ein Jahr nach der getroffenen Entscheidung des Ligarates die Kraft verlieren.

Im Artikel IX wird bestimmt, daß der Sicherheitspakt den britischen Dominien oder Indien keinerlei Verpflichtungen auferlege.

Artikel X verfügt, daß der Sicherheitspakt von den Vertragsmächten in vorgeschriebener Weise ratifiziert und die Ratifikationsurkunden in den Archiven des Völkerbundes sobald wie möglich hinterlegt werden sollen. Der Pakt tritt in Kraft, sobald die Ratifikationsurkunden der Liga ausgefolgt sind und Deutschland als Mitglied in den Völkerbund aufgenommen ist. Das Original des Paktes wird ebenfalls den Archiven des Völkerbundes einverleibt und jede der Vertragsmächte erhält von dem Generalsekretär der Liga eine beglaubigte Abschrift.

Erklärung über Artikel 16 des Ligapaktes.

In der Erklärung, die die Außenminister Englands und Frankreichs an die deutsche Delegation richteten, um den Sinn des Artikels 16 des Ligapaktes zu verdeutlichen, wird angeführt, daß die deutsche Delegation in dieser Beziehung gewisse Aufklärungen verlangt habe. Weiterhin heißt es: „Wir sind nicht in der Lage, namens des Völkerbundes zu sprechen, aber im Hinblick auf die Besprechungen, die über diesen Artikel bereits in der Vollversammlung und in den Kommissionen des Völkerbundes stattgefunden haben, und nach unserem Meinungsaustausch hierüber, zögern wir nicht Ihnen mitzuteilen, in welcher Art wir den Artikel 16 des Ligapaktes auslegen. Nach unserer Ansicht sind die Verpflichtungen, die dieser Artikel den Mitgliedern des Völkerbundes auferlegt, so aufzufassen, daß jeder Mitgliedstaat des Völkerbundes verpflichtet ist, bei der Unterstützung des Ligapaktes loyal und wirksam mitzuwirken und sich jedem Angriffe, gilt in einem Maße zu widersetzen, das mit seiner militärischen Situation vereinbar ist und das seine geographische Lage in Betracht zieht."

Das Deutschtum muß sich in uns zu einer starken Leidenschaft erheben, wenn wir uns selbst erfüllen sollen.

* * *

Verscheuche die Traurigkeit, wenn du kannst: kannst du es nicht, so verbirg sie; denn ein klägliches Schauspiel bietet der Trübsinn. Seneca.

* * *

Das Dasein ist ein Schiff auf weiter Ozeanfahrt. Das Fahrzeug, das Tote an Bord führt, muß erbarmungslos untergehen, denn sein Steuer zielt ins Vergangene.

* * *

„Geschichte können wir nicht machen .... wir können gar nichts machen, wir können nur lauschen, wie der Schritt Gottes durch die Geschichte hallt, dann vorspringen und den Zipfel seines Mantels erfassen, das ist alles." **Bismarck.**

Indierinnen und der Steuereinnehmer

In einem hinterindischen Dorfe herrschte sommerliche Dürre. Die Ernte drohte zu verbrennen. Eines schönen Tages erschien der Steuereinnehmer im Dorf und errichtete sein Zelt unter den sengenden Strahlen der Sonne. Schnell sammelten sich die Frauen um ihn und überhäuften ihn mit Wünschen. Aber keineswegs mit romantischen. Nein, rein: er solle sich mit Wasser begießen lassen! Es handelte sich dabei um einen seltsamen Brauch, sich die Gottheit geneigt zu machen. Nämlich — sagen die Fakire —, wenn sich der Steuereinnehmer bespritzen läßt, kommt Regen; nicht nur bald, sondern auch in großerer Menge. Aber: der Steuereinnehmer hatte dazu keine Lust. Vielleicht war er der Meinung, das könne der Würde seines Amtes Eintrag tun. Drei Tage blieb er standhaft. Dann aber war er besiegt von den Liebenswürdigkeiten des schönen Geschlechts, das in Indien nicht allzuviele Vorurteile hat. Er entschloß sich, die Taufe anzunehmen. Jede der Frauen eilte herzu mit einem randvollen Eimer Wasser, und jede leerte ihn über das Haupt des Opfers. Nach Beendigung des Taufaktes wartete man im Dorfe auf das Wasser des Himmels. Zwei, drei Tage vergingen. Der Mann von der Steuer lächelte höhnisch. Dann aber geschah das Unvermeidliche. Es regnete, was vom Himmel konnte. Und der Steuereinnehmer brach sein Zelt ab und entfloh.

Warme Quellen auf Grönland

Die berühmten Geysirs auf Island stehen heute nicht mehr einzig da: Aus Grönland gelangten Meldungen zu uns, daß an der Ostküste dieser arktischen Insel warme Quellen entdeckt sind, und zwar in der Nähe der neuen dänischen Niederlassung am Scoresby Sund. Man hat mehrere solche Quellen gefunden; zwei davon, bei Kap Tobin, führen Flüssigkeit von sehr hoher Temperatur. Der eine Quellstrudel liefert Wasser von 62 Grad, der andere von 50 Grad Celsius. Der letztere entspringt unmittelbar am Strande, der andere in einem Kieslager in der Nähe der Küste. Den ganzen Winter über bleibt auf einer Fläche von 100 Quadratmetern rund um die Quelle herum der Boden eisfrei. Die übrigen warmen Strudel liegen am Kap Hope; sie geben das ganze Jahr hindurch Wasser gleicher Temperatur von 6 bis 7 Grad Celsius.

Türkisch.

Ein Reisender im Orient sprach mit einem Pascha. „Es ist mit ihren Beamten wie mit unseren, nicht wahr? Wenn ihre Zeit im Amt herum ist, geben sie in Pension." — „Herrlicher Freund," antwortete der Pascha, „ein türkischer Staatsbeamter, der ein Ruhegehalt braucht, ist ein Esel."

Daß das Wetter umgeschlagen,
Schafft Dir oft ein Mißbehagen?
Laß' Dir Freund, in's Ohr es raunen:
So geht's uns mit Deinen Launen.

Es gibt für die Nation keine Rettung mehr, als daß wir ganz ernstlich alle für einen, einer für alle einstehen lernen, nicht im Kriege allein, sondern in unserm ganzen nationalen Leben auch im Frieden.